

Neues Präventionsprogramm

heute 22:13 Uhr

Senat will Gewalt an Schulen stoppen

Der neue Berliner Senat plant nach Tagesspiegel-Informationen ein umfangreiches Präventionsprogramm gegen Gewalt an Schulen. Im vergangenen Schuljahr sind die Fälle von schwerer Körperverletzung um 25 Prozent auf 750 gestiegen. VON SUSANNE VIETH-ENTUS



Die Fälle von schwerer Körperverletzung an Berliner Schulen sind im vergangenen Schuljahr um 25 Prozent auf 750 gestiegen. FOTO: DPA

Angesichts der steigenden Gewalt an Schulen plant der Senat nach Informationen des Tagesspiegels ein **umfangreiches Präventionsprogramm**. Der entsprechende Entwurf befindet sich zurzeit in der „Ressortabstimmung“, wie ein Sprecher der Finanzverwaltung auf Anfrage bestätigte. Grundlage des Programms ist ein Antrag, der noch unter der SPD/CDU-Koalition im Juni 2016 beschlossen worden war.

Von besonderer Bedeutung ist, dass künftig auch leichte **Gewaltvorfälle** ausnahmslos gemeldet werden sollen – und zwar innerhalb von fünf Werktagen. Bislang müssen nur schwere Fälle gemeldet werden. Für sie beträgt die Meldefrist 24 Stunden. Treibende Kraft hinter dem Antrag war die SPD-Fraktion und dort insbesondere ihr Bildungsexperte Joschka Langenbrinck. Er hatte auch darauf gedrungen, dass wieder jedes Jahr ein vollständiger Gewaltbericht durch die Bildungsverwaltung vorgelegt werden muss. Bislang wurden die Zahlen meist nur durch seine detaillierten Anfragen bekannt.

Dies gilt auch für die **jüngsten Gewaltzahlen**: Die Bildungsverwaltung teilte Langenbrinck mit, dass die Zahl der Fälle schwerer körperlicher Gewalt an Schulen 2015/16 um 25 Prozent auf 750 gewachsen ist. Eine markante Steigerung gab es auch bei den Bedrohungen: Hier wurden 440 Fälle gegenüber 380 im Vorjahr gemeldet. Auch der Vandalismus nahm gravierend zu: Die Schulen meldeten 110 Fälle – 40 mehr als im Vorjahr. Die Übergriffe auf Lehrer stiegen von 560 auf auf 636 gemeldete Fälle. Gegenüber 2010/11 handelt es sich um eine Verdopplung.

Die rot-schwarze Koalition stellte insgesamt zehn Forderungen auf

Die rot-schwarze Koalition hat insgesamt zehn Forderungen aufgestellt, mit denen sie dem „ernstzunehmenden Problem“ der Schulgewalt begegnen will. Dazu gehört, dass Lehrer stärker für die „Bekämpfung von Aggression und

Gewalt im Schulbereich“ fortgebildet werden und zu Konfliktmediatoren ausgebildet werden sollen. Auch die Ausstattung mit Jugendsozialarbeitern und Schulpsychologen soll „angemessen“ sein. Dieser Punkt bleibt vage.

Konkreter ist die Forderung, dass eine Hausordnung zwingend erlassen werden muss. Die entsprechenden Schulregeln sollen allen Schülern und Erziehungsberechtigten zu Beginn eines Schuljahres zur Kenntnis gegeben und „von beiden unterschrieben werden“. Dies ist an vielen Schulen schon üblich, aber nicht flächendeckend. Die Schulen müssen auch mehr darauf achten, dass ihre Hausordnung konsequent durchgesetzt wird. „Pausenbuddys“ sollen zudem Konfliktlotsen ergänzen.

Alle Maßnahmen sind von den Schulen in ein Gewaltpräventions- und Konfliktmanagementkonzept einzubetten. Die Schulen könnten zudem überlegen, ob ein Mitglied der erweiterten Schulleitung zum Gewaltpräventionsbeauftragten ernannt wird, um zu zeigen, wie wichtig die Schule das Thema nimmt. Ein weiterer Vorschlag ist die Ernennung eines Beauftragten für Elternarbeit. Inwieweit der neue Senat alle Forderungen von Rot-Schwarz aufgreift, war am Mittwoch nicht zu erfahren.